

Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **17 (1970)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet L'Office fédéral de la protection civile communique L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Kreisschreiben an die kantonalen Zivilschutzstellen

Nr. 175 vom 4. September 1970

Ausrangierte Armee-Motorfahrzeuge

Bekanntlich führt die Direktion der Armee-Motorfahrzeugparks periodisch Versteigerungen von Motorfahrzeugen durch. Es handelt sich dabei um bundeseigene Fahrzeuge, deren Tauglichkeit für die Armee nicht mehr genügt.

In zunehmendem Ausmass haben sich Gemeinden für den Ankauf solcher Motorfahrzeuge zu interessieren begonnen. In den meisten Fällen sind die auf diese Weise erworbenen Motorfahrzeuge in den Gemeinden dem Zivilschutz zur Verfügung gestellt worden.

Um für die Zukunft nach Möglichkeit zu vermeiden, dass die Kaufinteressenten aus den Gemeinden mit anderen Käufern in eine preistreibende Konkurrenz geraten, hat die Direktion der Armee-Motorfahrzeugparks auf unsere Anfrage hin zur folgenden grosszügigen Lösung Hand geboten:

1. Die Gemeinde, die für ihren Zivilschutz aus ausrangierten Armeebeständen ein Motorfahrzeug erwerben möchte, richtet an die Direktion der Armee-Motorfahrzeugparks 3602 Thun ein schriftliches Gesuch mit Angabe des gewünschten Fahrzeugtyps, beispielsweise Jeep.
2. Die Direktion der Armee-Motorfahrzeugparks unterbreitet der Gemeinde eine Offerte mit Angabe des entsprechenden Fahrzeugstandortes.
3. Der Verkauf durch die Direktion der Armee-Motorfahrzeugparks erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Gesuche, solange der Vorrat ausreicht. Die Verkäuferin muss sich selbstverständlich vorbehalten, eine gewisse Anzahl Fahrzeuge für die Versteigerungen zu reservieren, um diese nach wie vor attraktiv zu erhalten.
4. In der Zeit von Januar bis zu den Versteigerungen im März sind Verkäufe an die Gemeinden nicht möglich.
5. Hinsichtlich der Kaufpreise hat die Direktion der Armee-Motorfahrzeugparks mit unserer grundsätzlichen Zustimmung das folgende Vorgehen festgelegt:
 - a) Als Grundpreis gilt der durchschnittliche Versteigerungserlös des betreffenden Fahrzeugtyps;
 - b) Auf diesem Grundpreis gewährt die Verkäuferin den Gemeinden für die erworbenen Fahrzeuge einen Sonderrabatt von 10 bis 20 %.
6. Anzubieten hat die Direktion der Motorfahrzeugparks zurzeit vor allem Jeeps. Fahrzeuge des Typs

Unimog 1 t, Unimog S und Mowag sind vorderhand noch nicht liquidationsreif.

Seitens des Bundesamtes für Zivilschutz sind zuhanden der am Kauf ausrangierter Armee-Motorfahrzeuge interessierten Gemeinden noch die folgenden Hinweise zu geben:

1. Im Rahmen der in Vorbereitung befindlichen Belegung von Requisitionsfahrzeugen für den Zivilschutz werden die durch die Gemeinden erworbenen Fahrzeuge diesem zugeteilt (vgl. in diesem Zusammenhang Art. 76, Abs. 3 des Zivilschutzgesetzes). Die Belegung für den Zivilschutz ist erforderlich, damit das Fahrzeug auch während einer Bewirtschaftung Anspruch auf Betriebsstoffe sowie Ersatzpneus hat.
2. An die zu Vorzugspreisen von der Direktion der Armee-Motorfahrzeugparks beschafften Motorfahrzeuge kann das Bundesamt für Zivilschutz keine Beiträge leisten.

Wir ersuchen Sie, den Gemeinden von dieser Möglichkeit der preisgünstigen Beschaffung von Motorfahrzeugen, die für den Einsatz im Zivilschutz noch durchaus geeignet sind, Kenntnis zu geben.

Nr. 176 vom 15. September 1970 **Militärpflichtersatz**

Infolge der Aenderung der Verordnung über den Zivilschutz vom 15.12.1969 (MZS 11, 39) schulden seit 1969 die Wehrpflichtigen, die in einem Kalenderjahr Schutzdienst oder Nothilfe von mindestens 6 Tagen Dauer geleistet haben, nur die Hälfte des Militärpflichtersatzes und bei Diensten von mindestens 12 Tagen Dauer keine Ersatzabgabe (bis und mit 1968 war bei 12 oder mehr Tagen Schutzdienst oder Nothilfe die halbe Ersatzabgabe geschuldet). Im übrigen verweisen wir noch auf unser Kreisschreiben Nr. 145 vom 27.1.1970.

Verschiedenen Kursberichten ist nun zu entnehmen, dass die Neuordnung von Teilnehmern an 5tägigen Einführungskursen missbilligt und als bewusste Benachteiligung betrachtet wird.

Dieser Vorwurf ist unbegründet. Es war leider aus Gründen der Gleichbehandlung nicht möglich, den Angehörigen des Zivilschutzes noch weiter entgegenzukommen, geniesst doch der Hilfsdienstpflichtige grundsätzlich auch keine Ermässigung des Militärpflichtersatzes für das Jahr, in dem er weniger als 6 Tage Dienst leistet.

Wir haben uns bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Sektion Militärpflichtersatz, erkundigt, ob ein Antrag auf erneute Aenderung der Art. 76, Abs. 1 und Art. 77, Abs. 1 ZSV im Sinne einer Herabsetzung

der für die Reduktion des Militärflichtersatzes massgebenden Zahl von 6 auf 5 Tage Schutzdienst oder Nothilfe Aussicht auf Erfolg hätte. Sie hat uns geantwortet, dass eine solche Herabsetzung eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung der Zivilschutzpflichtigen bedeuten würde. Ihres Erachtens könne die im vergangenen Dezember getroffene Neuordnung, die einer erheblichen Zahl von Zivilschutzpflichtigen Erleichterungen in bezug auf den Militärflichtersatz bringt, nicht schon wieder geändert werden. Dagegen erklärt sie sich bereit, diese Frage mit den übrigen Problemen des Militärflichtersatzes im Rahmen der Erarbeitung der Konzeption für die Gesamtverteidigung zu prüfen. Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung wurde denn auch bereits von der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Sektion Militärflichtersatz, entsprechend orientiert.

Nr. 177 vom 21. September 1970

Durchführung von Sofortmassnahmen für das Aufgebot der Zivilschutzorganisationen und die Erstellung ihrer Einsatzbereitschaft; Orientierung über weitere Vorbereitungsarbeiten

Nach dem Instruktionsrapport des Bundesamtes für Zivilschutz vom 1. Oktober 1969 über die Durchführung mobilmachungstechnischer Sofortmassnahmen für Formationen des Zivilschutzes haben Sie hinsichtlich der zu treffenden Aufgebotsvorbereitungen vier Kreisschreiben erhalten, die kurzgefasst folgenden Inhalt aufweisen:

- Im Kreisschreiben Nr. 140 vom 13. November 1969 wird u. a. das Vorgehen bei der Wahl und Festlegung der *Organisationsplätze* bestimmt sowie die Regelung der Verbindung zwischen Platzkommandant und Ortschef bekanntgegeben.
- Im Kreisschreiben Nr. 162 vom 10. Juni 1970 wird auf die Wichtigkeit der *Aufgebotstabelle* hingewiesen, in der die Einrückungsorte der Formationen sowie die Standorte der Räumlichkeiten festzuhalten und jeweils dem Stand des Dispositivs anzupassen sind.
- Das Kreisschreiben Nr. 163 vom 10. Juni 1970 enthält die Weisungen für die Verwendung des *gelben Aufgebotszettels* und
- mit dem Kreisschreiben Nr. 169 vom 16. Juli 1970 werden die Weisungen für die Verwendung des *weissen Spezialaufgebotszettels* erteilt.

Zur Vervollständigung der durchzuführenden Sofortmassnahmen ist der Erlass weiterer Kreisschreiben notwendig. Diese sind in Anbetracht ihres Inhalts der Arbeitsgruppe «Aufgebot der Zivilschutzorganisationen und Erstellung ihrer Einsatzbereitschaft» zur Stellungnahme vorzulegen. Einerseits wird es sich darum handeln, mit einem Kreisschreiben die Weisungen für die *Zivilschutz-Aufgebotsdetachemente* zu erteilen, andererseits ist ein Kreisschreiben herauszugeben, das die Probleme des *dringlichen Aufgebotes* der Schutzorganisationen bei einem unerwarteten Kriegsereignis enthalten wird. Voraussichtlich im gleichen Dokument wird die dabei erforderliche Tätigkeit der Ortschefs und ihrer Mitarbeiter zu umschreiben sein.

Damit können dann die sogenannten Sofortmassnahmen als praktisch abgeschlossen betrachtet werden. Sie verkörpern nach ihrem Vollzug als *minimale*

Massnahmen die vorläufige Aufgebotsordnung des Zivilschutzes für den Fall eines unerwarteten Kriegsereignisses.

Die Arbeitsgruppe «Aufgebot der Zivilschutzorganisationen und Erstellung ihrer Einsatzbereitschaft», deren Bildung am Instruktionsrapport vom 1.10.1969 bekanntgegeben worden ist, wird im Oktober 1970 zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten.

Nr. 183 vom 19. November 1970

Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz über die Verwendung von Zivilschutzmaterial für zivilschutzfremde Zwecke, zur ausserdienstlichen Aus- und Weiterbildung sowie bei Nothilfe

Wir beehren uns, Ihnen beiliegend die vom 19. November 1970 datierten Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz über die Verwendung von Zivilschutzmaterial für zivilschutzfremde Zwecke, zur ausserdienstlichen Aus- und Weiterbildung sowie bei Nothilfe zuzustellen. Sie treten am 25. November 1970 in Kraft und werden im MZS veröffentlicht. Im Laufe der nächsten Monate werden wir den Kantonen ein einheitliches Formular für die Erteilung der Bewilligung zur leihweisen Abgabe von Zivilschutzmaterial im Sinne dieser Weisungen zur Verfügung stellen. Das Formular wird gleichzeitig der Kontrolle über das übergebene Material und seine Rückgabe sowie über dessen Vollständigkeit und Zustand dienen.

Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz über die Verwendung von Zivilschutzmaterial für zivilschutzfremde Zwecke, zur ausserdienstlichen Aus- und Weiterbildung sowie bei Nothilfe (Vom 19. November 1970)

Das Bundesamt für Zivilschutz, gestützt auf Artikel 100, Absatz 2 und Artikel 133 der Verordnung vom 24. März 1964¹ über den Zivilschutz, erlässt folgende *Weisungen*:

I. Allgemeines

Art. 1

¹ Material im Sinne dieser Weisungen ist das vom Bund verbilligt abgegebene beziehungsweise mit Bundesbeiträgen beschaffte Material.

² Die Verwendung des Materials darf nur gestattet werden, soweit zu dessen Bedienung ausgebildetes Personal verfügbar ist.

³ Sanitätsdienstliches Ernstfall-Verbrauchsmaterial und Medikamente dürfen nur zur Nothilfe verwendet werden.

II. Verwendung des Materials für zivilschutzfremde Zwecke

Art. 2

Soweit die Verwendung des Materials nicht durch eine Zivilschutzorganisation (bzw. selbständige Kriegsfeuerwehr) erfolgt, gilt sie als zivilschutzfremd.

Art. 3

¹ Das Material darf in der Regel nicht für zivilschutzfremde Zwecke verwendet werden (Art. 100, Abs. 1 ZSV).

² Die Kantone sind zuständig, im Rahmen dieser

¹ MZS 1, 36

Weisungen Ausnahmebewilligungen zu erteilen (Art. 100, Abs. 2 ZSV).

Art. 4

¹ Das Material darf nur soweit für zivilschutzfremde Zwecke freigegeben werden, als die Verwendung mit den Interessen des Zivilschutzes übereinstimmt und die Einsatzbereitschaft der örtlichen Schutzorganisationen, des Betriebsschutzes, der Hauswehren und der selbständigen Kriegsfeuerwehren weder für den aktiven Dienst noch für die Nothilfe in Friedenszeiten beeinträchtigt wird.

² Die Bewilligungen dürfen nur in Ausnahmefällen und nur vorübergehend erteilt werden (keine Dauerleihe an Gemeindewerke oder -betriebe und bei den BSO keine Dauerverwendung im eigenen Betrieb).

³ An Privatpersonen und private nicht organisationspflichtige Unternehmungen darf das Material nicht ausgeliehen werden, ausgenommen an die Organisatoren von öffentlichen Veranstaltungen.

⁴ Die Verwendung des Materials ist grundsätzlich gestattet:

a) zur Hilfeleistung bei Schadenereignissen, soweit das Material der eingesetzten Formationen (wie Friedensfeuerwehr, Gemeindewerke bzw. -betriebe, Polizei, Sanitätsdienst, Truppen und Militärpersonen) nicht ausreicht;

b) zur Ausbildung in Kursen und Uebungen (z. B. der Friedensfeuerwehr oder von Samariternvereinen), die im Interesse des Zivilschutzes liegen aber nicht für seine Bedürfnisse organisiert werden.

Art. 5

Folgendes Material darf für zivilschutzfremde Zwecke nicht verwendet werden:

a) Funkgeräte, Telefonrundsprach- und Universalempfänger;

b) AC Schutzdienst-Material.

III. Verwendung des Materials für die ausserdienstliche Aus- und Weiterbildung im Zivilschutz

Art. 6

Für die ausserdienstliche Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals und der Zivilschutzangehörigen kann nachstehendes Material verwendet werden:

1. Mit Bewilligung durch das Bundesamt für Zivilschutz:

a) Funkgeräte, Telefonrundsprach- und Universalempfänger;

b) AC Schutzdienst-Material.

2. Mit Bewilligung durch die Kantone:

Alles übrige Material gemäss Art. 1 dieser Weisungen, mit Ausnahme des sanitätsdienstlichen Ernstfall-Verbrauchsmaterials und der Medikamente (Art. 1, Abs. 3).

IV. Einsatz des Materials zur Nothilfe

Art. 7

¹ Der Einsatz des Materials zur Nothilfe durch Zivilschutzorganisationen gilt nicht als zivilschutzfremde Verwendung (Art. 4, Abs. 3 Buchst. b und Abs. 4 Buchst. b ZSG).

² Dasselbe gilt für den Materialeinsatz zur Nothilfe durch die selbständige Kriegsfeuerwehr.

³ Militärischen Stäben und Einheiten kann Zivilschutzmaterial zur Nothilfe zur Verfügung gestellt

werden soweit es nicht vom Zivilschutz selbst benötigt wird.

V. Wiederinstandstellung, Kontrolle und Kosten

Art. 8

¹ Die Gemeinden sind dafür verantwortlich, dass das Material nach jeder Verwendung zurückerstattet, gereinigt, instandgestellt und gegebenenfalls ersetzt wird (Wiederherstellung des etatmässigen Bestandes).

² Die Kantone überprüfen nach der Zurückerstattung stichprobeweise die Vollständigkeit und den Zustand des verwendeten Materials.

³ Das Bundesamt für Zivilschutz und die Kantone führen über die erteilten Bewilligungen und die Gemeinden über die Materialverwendung, eine Kontrolle.

⁴ Das Bundesamt für Zivilschutz führt Inspektionen durch.

Art. 9

¹ Die Gemeinden berichten jährlich den Kantonen über die Materialverwendung.

² Die Kantone berichten jährlich dem Bundesamt für Zivilschutz über die gemachten Erfahrungen.

Art. 10

¹ Bei der Verwendung des Materials für zivilschutzfremde Zwecke leistet der Bund keine Beiträge an die Kosten für den Gebrauch, die Wiederinstandstellung und den Ersatz des Materials.

² An die Wiederinstandstellungs- und Ersatzkosten von Material, das bei der ausserdienstlichen Aus- und Weiterbildung verwendet wird, leistet der Bund die üblichen Beiträge, sofern diese nach seinen Vorschriften erfolgt (Art. 69, Abs. 2, Art. 70, Abs. 2, Art. 71, Abs. 2 ZSG).

³ Beim Einsatz zur Nothilfe tragen die Kantone und Gemeinden die gesamten Kosten für den Gebrauch, die Wiederinstandstellung und den Ersatz des Materials (Art. 70, Abs. 1 und Art. 71, Abs. 1 ZSG).

VI. Schlussbestimmungen

Art. 11

¹ Diese Weisungen treten am 25. November 1970 in Kraft.

² Mit ihrem Inkrafttreten sind aufgehoben:

a) Art. 12 der Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz vom 1. Juni 1967¹ betreffend die Verwendung von Anlagen und Einrichtungen für zivilschutzfremde Zwecke;

b) alle ihnen widersprechenden Vorschriften.

Circulaires aux offices cantonaux de la protection civile

No 175 du 4 septembre 1970

Véhicules à moteur militaires retirés du service

Comme on le sait, la Direction des parcs automobiles de l'armée vend périodiquement aux enchères des véhicules à moteur. Il s'agit de véhicules appartenant à la Confédération; or, leur capacité de roulement ne suffit plus pour l'armée.

¹ MZS 6, 46

Le nombre de communes qui ont commencé à s'intéresser à l'achat de tels véhicules à moteur augmente sans cesse. Dans la plupart des cas, les véhicules à moteur acquis de cette manière par les communes ont été mis à la disposition de la protection civile.

Pour éviter à l'avenir, dans la mesure du possible, que les acheteurs éventuels provenant de communes ne tombent dans une concurrence de surenchère avec d'autres acheteurs, la Direction des parcs automobiles de l'armée, sur notre demande, nous a accordé la solution de faveur suivante:

1. La commune qui voudrait acquérir, pour sa protection civile, un véhicule à moteur provenant des stocks militaires retirés du service, adressera à la Direction des parcs automobiles de l'armée, 3602 Thoune, une demande écrite en indiquant le type de véhicule désiré, par exemple: jeep.
2. La Direction des parcs automobiles de l'armée soumettra à la commune une offre et précisera le lieu de stationnement du véhicule en question.
3. Cette direction vendra les véhicules à moteur dans l'ordre des demandes qui lui seront parvenues, tant que le stock suffira. Il va sans dire que la direction qui vend doit réserver un certain nombre de véhicules pour la vente aux enchères, afin de continuer à maintenir cette vente attrayante.
4. Pendant la période de janvier à mars, réservée à la vente aux enchères, il est impossible de vendre des véhicules aux communes.
5. En ce qui concerne les prix d'achat, la Direction des parcs automobiles de l'armée a fixé, avec notre accord de principe, la manière de procéder comme il suit:
 - a) Le prix de base est déterminé par le produit moyen de la vente aux enchères du type de véhicule en question;
 - b) Sur ce prix de base, la direction qui vend accorde aux communes un rabais spécial de 10 à 20 pour cent pour chaque véhicule acheté.
6. Actuellement, la Direction des parcs automobiles de l'armée offre avant tout des jeeps. Des véhicules des types Unimog de 1 tonne, Unimog S et Mowag ne sont pas encore prêts à être liquidés pour le moment.

L'Office fédéral de la protection civile donne également aux communes intéressées à l'achat de véhicules à moteur militaires retirés du service, les renseignements suivants:

1. Dans les limites de la préparation de l'ordre de fourniture de véhicules à réquisitionner pour la protection civile, les véhicules achetés par les communes seront attribués à cette protection (cf., à cet égard, l'article 76, 3e alinéa, LPC). L'ordre de fourniture au profit de la protection civile est cependant requis, afin que le détenteur du véhicule ait droit aux carburants ainsi qu'aux pneumatiques de rechange aussi pendant une période de rationnement.
2. L'Office fédéral de la protection civile ne peut accorder aucune subvention pour les prix de faveur de véhicules à moteur procurés par la Direction des parcs automobiles de l'armée.

Nous vous prions de signaler aux communes la possibilité qu'elles ont de se procurer, au prix le plus

favorable, des véhicules à moteur qui conviennent encore tout à fait à l'usage de la protection civile.

No 176 du 15 septembre 1970

Taxe d'exemption du service militaire

Par suite de l'arrêté du Conseil fédéral du 15 décembre 1969 modifiant l'ordonnance sur la protection civile (FOPC 11, 39), l'homme astreint aux obligations militaires qui a servi dans la protection civile ou porté des secours urgents pendant six jours au moins au cours d'une année civile doit payer le moitié seulement de la taxe d'exemption du service militaire; il est exonéré de la taxe s'il a accompli un tel service pendant douze jours au moins au cours d'une année civile. Jusqu'en 1968 inclus, l'homme astreint aux obligations militaires qui avait servi dans la protection civile ou porté des secours urgents pendant douze jours au moins devait payer le moitié seulement de cette taxe. Au reste, nous vous renvoyons à notre circulaire no 145 du 27 janvier 1970.

Divers rapports de cours nous apprennent que des participants aux cours d'introduction de cinq jours désapprouvent la modification de l'article 76, 1er alinéa, OPC, et la considèrent comme un préjudice voulu.

Ce reproche n'est pas fondé. En effet, c'est malheureusement pour des raisons d'égalité de traitement que l'on n'a pu rendre un service encore plus grand aux membres de la protection civile, puisque le complémentaire n'a droit, par principe, à aucune réduction de la taxe d'exemption du service militaire pour l'année au cours de laquelle il a accompli moins de six jours de service.

Nous nous sommes renseignés à l'Administration fédérale des contributions, Section de la taxe d'exemption du service militaire, afin de savoir si une demande de nouvelle modification des articles 76, 1er alinéa, et 77, 1er alinéa, OPC pourrait avoir des chances de succès en vue d'abaisser de six à cinq le nombre des jours de service accompli dans la protection civile ou lors de secours urgents, nombre déterminant pour la réduction de la taxe. Or, elle nous a répondu qu'un tel abaissement équivaldrait à un traitement de faveur injustifiable accordé aux personnes astreintes à servir dans la protection civile. A son avis, l'arrêté adopté en décembre dernier ne peut déjà être modifié à nouveau, puisqu'il apporte des dégrèvements de cette taxe à un nombre considérable de personnes astreintes à servir dans la protection civile. En revanche, ladite section se déclare prête à étudier cette question avec les autres problèmes de la taxe d'exemption du service militaire à propos de la mise au point de la conception pour la défense totale. L'Administration fédérale des contributions, Section de la taxe d'exemption du service militaire, a déjà informé, dans ce sens, l'Office central de la défense.

No 177 du 21 septembre 1970

Réalisation de mesures immédiates pour la mise sur pied des organismes de protection civile et leur préparation en vue de leur engagement. Autres préparatifs à l'étude

Depuis le 1er octobre 1969, date à laquelle eut lieu le rapport d'instruction de l'office fédéral concernant la

réalisation de mesures techniques immédiates de mobilisation pour les formations de la protection civile, nous vous avons adressé quatre circulaires se rapportant à cet objet, à savoir:

- la circulaire no 140, du 13 novembre 1969, relative en particulier à la manière de procéder au choix et à la détermination des *places d'organisation*, ainsi qu'aux rapports à établir à cet effet entre commandant de place et chef local;
- la circulaire no 162, du 10 juin 1970, consacrée au *tableau de mise sur pied* qui, tout en étant constamment adapté au dispositif réel, mentionne les différents lieux d'entrée au service des formations et emplacements des locaux;
- la circulaire no 163, du 10 juin 1970, relative aux instructions concernant l'utilisation de la *fiche jaune de mise sur pied*, et
- la circulaire no 169, du 16 juillet 1970, se rapportant, quant à elle, à la *fiche spéciale blanche de mise sur pied*.

Deux autres circulaires viendront compléter la série de ces mesures d'organisation. Toutefois, en raison de la matière traitée, elles seront examinées au préalable par le Groupe de travail «Mise sur pied des organismes de protection civile et leur préparation en vue de leur engagement». La première aura trait aux *détachements de mise sur pied* des formations de protection civile et la seconde à la *mise sur pied d'urgence* des organismes de protection en cas de fait de guerre inattendu. Il est probable que cette dernière indiquera en outre les diverses tâches incombant au chef local et à ses collaborateurs.

Ainsi l'ensemble de ces mesures immédiates, dont la liste sera quasiment complète, constituera la réglementation provisoire des mesures minimales permettant de mettre sur pied les formations de protection civile en cas de fait de guerre inattendu.

Le Groupe de travail précité, dont la création vous a été annoncée au dit rapport d'instruction, tiendra sa première séance au mois d'octobre de cette année.

No 183 du 19 novembre 1970

Prescriptions de l'Office fédéral de la protection civile concernant le matériel de la protection civile utilisé pour des buts étrangers à la protection civile, pour l'instruction et le perfectionnement en dehors du service ainsi que pour des secours urgents

Nous avons l'honneur de vous envoyer ci-annexées les prescriptions du 19 novembre 1970 de l'Office fédéral de la protection civile concernant l'usage du matériel de la protection civile pour des buts étrangers à la protection civile, pour l'instruction et le perfectionnement en dehors du service ainsi que pour des secours urgents. Elles entreront en vigueur le 25 novembre 1970 et seront publiées dans la FOPC. Au cours de ces prochains mois, nous mettrons à la disposition des cantons des exemplaires d'une formule d'autorisation pour la mise à disposition à titre de prêt du matériel de la protection civile dans le sens de ces prescriptions. Cette formule servira en même temps à contrôler le matériel prêté puis rendu ainsi que son intégralité et son état.

Prescriptions de l'Office fédéral de la protection civile concernant l'usage du matériel de la protection civile pour des buts étrangers à la protection civile,

pour l'instruction et le perfectionnement en dehors du service ainsi que pour des secours urgents (Du 19 novembre 1970)

L'Office fédéral de la protection civile, vu l'article 100, 2e alinéa, et l'article 133 de l'ordonnance du 24 mars 1964¹ sur la protection civile, arrête les *prescriptions suivantes*:

I. Généralités

Article premier

¹ Le matériel au sens des présentes prescriptions est celui qui est subventionné par la Confédération.

² L'utilisation du matériel n'est autorisée que dans la mesure où du personnel instruit pour s'en servir est disponible.

³ Le matériel d'emploi du service sanitaire réservé à l'engagement ainsi que les médicaments ne peuvent être utilisés qu'en cas de secours urgents.

II. Usage du matériel pour des buts étrangers à la protection civile

Art. 2

Le matériel est considéré comme étant utilisé pour des buts étrangers à la protection civile lorsque ce n'est pas un organisme de la protection civile ou un corps indépendant de sapeurs-pompiers de guerre qui en fait usage.

¹ En règle générale, le matériel ne doit pas être utilisé pour des buts étrangers à la protection civile (art. 100, 1er al., OPC).

² Les cantons sont compétents pour accorder des exceptions dans les limites des présentes prescriptions (art. 100, 2e al., OPC).

Art. 4

¹ Le matériel ne peut être utilisé pour des buts étrangers à la protection civile que si son usage est conforme aux intérêts de la protection civile et que l'état de préparation à l'engagement des organismes de protection locaux et d'établissements, des gardes d'immeuble et des corps indépendants de sapeurs-pompiers de guerre ne s'en trouve pas affaibli pour le cas de service actif ou pour porter des secours urgents en temps de paix.

² Les autorisations ne doivent être accordées que dans des cas exceptionnels et pour une durée limitée (aucun prêt durable à des entreprises ou services communaux et, pour les OPE, aucun usage durable au sein de l'établissement lui-même).

³ Le matériel ne doit pas être prêté à des particuliers ou à des entreprises privées non tenues de créer des organismes de protection, sauf aux organisateurs de manifestations publiques.

⁴ En principe, il est permis d'utiliser le matériel:

a) Pour porter des secours en cas de sinistres, dans la mesure où le matériel des formations engagées (sapeurs-pompiers de paix, entreprises ou services communaux, police, service de santé, troupes et militaires) ne suffit pas;

b) Pour l'instruction dans des cours et exercices (par exemple des sapeurs-pompiers de paix ou de sections de samaritains) qui bien qu'ils représentent un intérêt pour la protection civile, ne sont pas organisés pour ses besoins.

Art. 5

Il est interdit d'utiliser le matériel suivant pour des buts étrangers à la protection civile:

¹ FOPC 1, 39

- a) Appareils radio; récepteurs de télédiffusion et récepteurs de toutes longueurs d'ondes;
- b) Matériel du service de protection AC.

III. Usage du matériel pour l'instruction et le perfectionnement dans la protection civile, en dehors du service

Art. 6

Pour former et perfectionner, en dehors du service, le personnel d'instruction et les membres de la protection civile, on peut faire usage du matériel suivant:

1. Avec l'autorisation de l'Office fédéral de la protection civile:
 - a) Appareils radio, récepteurs de télédiffusion et récepteurs de toutes longueurs d'ondes;
 - b) Matériel du service de protection AC.
2. Avec l'autorisation des cantons:

Tout le reste du matériel relevant de l'article premier des présentes prescriptions, à l'exception du matériel d'emploi du service sanitaire réservé à l'engagement ainsi que des médicaments (art. premier, 3e alinéa).

IV. Emploi du matériel pour porter des secours urgents

Art. 7

¹ Lorsque les organismes de la protection civile utilisent leur matériel pour porter des secours urgents, son emploi n'est pas considéré comme usage pour des buts étrangers à la protection civile (art. 4, 3e al., let. b, et 4e al., let. b, LPC).

² La même règle s'applique au matériel employé par les corps indépendants de sapeurs-pompiers de guerre pour porter des secours urgents.

³ Le matériel de la protection civile ne peut être mis à la disposition d'états-majors ou d'unités de l'armée pour des secours urgents que dans la mesure où la protection civile n'en a pas besoin elle-même.

V. Remise en état, contrôle et frais

Art. 8

¹ Les communes sont responsables de ce qu'après chaque usage le matériel soit nettoyé, remis en état, et, s'il y a lieu, remplacé, puis rendu (rétablissement du matériel conformément aux états).

² Les cantons effectuent des contrôles afin de s'assurer que le matériel utilisé a été rendu totalement et en bon état.

³ L'Office fédéral de la protection civile et les cantons tiennent un contrôle des autorisations accordées; les communes le font de l'usage du matériel.

⁴ L'Office fédéral de la protection civile effectuera des inspections.

Art. 9

¹ Chaque année, les communes rendent compte aux cantons de l'usage qui a été fait du matériel.

² Chaque année, les cantons rendent compte à l'Office fédéral de la protection civile de leurs expériences en la matière.

Art. 10

¹ La Confédération ne verse aucune subvention sur les frais occasionnés par l'utilisation, la remise en

état et le remplacement du matériel employé pour des buts étrangers à la protection civile.

² La Confédération verse les subventions ordinaires sur les frais occasionnés par la remise en état et le remplacement du matériel utilisé pour l'instruction et le perfectionnement en dehors du service à condition que l'enseignement soit conforme aux prescriptions fédérales (art. 69, 2e al., art. 70, 2e al., et art. 71, 2e al., LPC).

³ Les cantons et les communes supportent la totalité des frais d'utilisation, de remise en état et de remplacement du matériel employé pour porter des secours urgents (art. 70, 1er al., et art. 71, 1er al., LPC).

VI. Dispositions finales

Art. 11

¹ Les présentes prescriptions entrent en vigueur le 25 novembre 1970.

² Elles abrogent à la même date:

a) L'article 12 des prescriptions de l'Office fédéral de la protection civile du 1er juin 1967¹ concernant l'usage d'installations et de dispositifs pour des buts étrangers à la protection civile;

b) Toutes les prescriptions qui lui sont contraires.

Circolari agli Uffici cantonali della protezione civile

N. 175 del 4 settembre 1970

Autoveicoli eliminati dell'esercito

Come è noto, la direzione dei parchi automobilistici dell'esercito tiene periodicamente delle vendite all'incanto di autoveicoli. Si tratta, in particolare, di veicoli di proprietà della Confederazione che non sono più sufficientemente idonei per l'esercito.

I comuni hanno incominciato ad interessarsi sempre più all'acquisto di tali autoveicoli. Nella maggior parte dei casi, gli autoveicoli comprati in tal modo vengono messi nei comuni a disposizione della protezione civile.

Allo scopo d'impedire, nella misura del possibile, che gli interessati dei comuni abbiano in avvenire a trovarsi in concorrenza con altri acquirenti suscettibili d'aumentare i prezzi, la direzione dei parchi automobilistici dell'esercito, dietro nostra richiesta, s'è dichiarata disposta a venirci incontro come segue:

1. Il comune che si interessa all'acquisto, per la propria protezione civile, di un autoveicolo eliminato dell'esercito inoltra alla direzione dei parchi automobilistici dell'esercito, 3602 Thun, una domanda scritta, indicando il tipo di veicolo desiderato, per esempio Jeep.
2. La direzione dei parchi automobilistici dell'esercito sottopone al comune un'offerta, con indicazione del luogo di stazionamento dell'autoveicolo.
3. La vendita da parte della direzione dei parchi automobilistici dell'esercito avviene secondo l'ordine d'arrivo delle domande e fino ad esaurimento delle scorte. La direzione venditrice deve natural-

¹ FOPC 6, 52

mente riservarsi un certo quantitativo d'autoveicoli per la messa all'incanto, allo scopo di mantenerne l'abituale attrattiva.

4. Dal mese di gennaio fino agli incanti di marzo è esclusa la vendita ai comuni.
5. Per quanto riguarda i prezzi d'acquisto, la direzione dei parchi automobilistici dell'esercito ha stabilito, con il nostro accordo di massima, il seguente modo di procedere:
 - a) quale prezzo di base vale il ricavo medio d'incanto del rispettivo tipo di veicolo;
 - b) su questo prezzo di base, la direzione venditrice accorda ai comuni, per i veicoli acquistati, una riduzione speciale da 10 al 20 %.
6. Attualmente la direzione dei parchi automobilistici dell'esercito è in grado d'offrire specialmente delle Jeep. I veicoli del tipo Unimog 1 t, Unimog S e Mowag non possono ancora essere per il momento liquidati.

Per i comuni interessati all'acquisto di autoveicoli eliminati dell'esercito, l'Ufficio federale della protezione civile deve aggiungere da parte sua i seguenti rimarchi:

1. Nell'ambito degli ordini di consegna, attualmente in preparazione, dei veicoli a motore requisiti per la protezione civile, gli autoveicoli acquistati dai comuni saranno assegnati agli stessi (vedasi al proposito l'articolo 76 capoverso 3 LPC). La requisizione da parte della protezione civile è necessaria, affinché il veicolo possa aver diritto al carburante e ai copertoni di ricambio anche durante il contingimento.
2. Sugli autoveicoli concessi dalla direzione dei parchi automobilistici dell'esercito già a prezzi di favore, l'Ufficio federale della protezione civile non può accordare alcun sussidio.

Vogliate far conoscere ai comuni questa possibilità d'acquistare, a prezzo conveniente, degli autoveicoli che risultano senz'altro idonei all'impiego nella protezione civile.

N. 176 del 15 settembre 1970

Tassa d'esenzione dal servizio militare

In conseguenza della modificazione dell'ordinanza sulla protezione civile del 15.12.1969 (FIPC 11, 38), a decorrere dal 1969 gli assoggettati agli obblighi militari, che hanno prestato servizio di protezione civile o soccorsi urgenti per un periodo complessivo di almeno 6 giorni durante un anno civile, sono tenuti a pagare soltanto la metà della tassa d'esenzione dal servizio militare, mentre ne sono completamente liberati se hanno prestato siffatto servizio per un periodo di almeno 12 giorni (fino a tutto il 1968, dovevano pagare la metà tassa con 12 o più giorni di servizio di protezione o soccorsi urgenti). Vi richiama inoltre la nostra circolare n. 145 del 27.1.1970. Ora, da diversi rapporti sui corsi, si deduce che il nuovo ordinamento viene riprovato dai partecipanti ai corsi d'introduzione di 5 giorni e considerato come un pregiudizio voluto a loro carico.

Tale rimprovero è ingiustificato. Purtroppo, per ragioni d'uguaglianza di trattamento, non era possibile accontentare maggiormente i membri della pro-

tezione civile; anche i complementari non fruiscono, in linea di massima, di alcuna riduzione della tassa d'esenzione dal servizio militare per l'anno in cui prestano meno di 6 giorni di servizio.

Ci siamo comunque informati presso l'Amministrazione federale delle contribuzioni, sezione tassa d'esenzione dal servizio militare, onde sapere se una proposta di nuova modifica dell'art. 76, cpv. 1 e dell'art. 77, cpv. 1 OPC tendente all'abbassamento da 6 a 5 del numero determinante di giorni di servizio nella protezione civile o per soccorsi urgenti al fine di ridurre la tassa d'esenzione dal servizio militare, avrebbe avuto probabilità di successo. Ci venne risposto che una tale riduzione significherebbe un trattamento di favore ingiustificato nei confronti degli assoggettati alla protezione civile. Secondo l'avviso dell'Amministrazione federale sopra citata, il nuovo ordinamento adottato in dicembre comporta già delle facilitazioni ad un gran numero di assoggettati per quanto riguarda il pagamento della tassa d'esenzione dal servizio militare e non potrebbe essere nuovamente modificato.

Per contro, essa è disposta a prendere in esame la questione insieme agli altri problemi riguardanti la tassa d'esenzione dal servizio militare in sede d'elaborazione della concezione per la difesa integrata. L'Ufficio centrale della difesa è già stato informato al proposito dall'Amministrazione federale delle contribuzioni, sezione tassa d'esenzione dal servizio militare.

N. 177 del 21 settembre 1970

Esecuzione di misure immediate per la chiamata degli organismi di protezione civile e il conseguimento della loro prontezza d'impiego. Altri preparativi allo studio

Dopo il rapporto d'istruzione dell'Ufficio federale della protezione civile del 1° ottobre 1969 concernente l'esecuzione di provvedimenti immediati di tecnica di mobilitazione per le formazioni di protezione civile, abbiamo diramato quattro circolari in argomento e cioè:

- la circolare n. 140 del 13 novembre 1969 che riguardava in particolare il modo di procedere per la scelta e la determinazione delle *piazze d'organizzazione*, come pure il disciplinamento dei rapporti, a tale scopo, fra comandante di piazza e capo locale;
- la circolare n. 162 del 10 giugno 1970 concernente la *tabella di chiamata* la quale, costantemente adattata al dispositivo reale, deve indicare i vari luoghi d'entrata in servizio delle formazioni e l'ubicazione dei locali;
- la circolare n. 163 del 10 giugno 1970 che tratta dell'utilizzazione dell'*avviso giallo di chiamata* e, in fine,
- la circolare n. 169 del 16 luglio 1970 riguardante, a sua volta, l'*avviso speciale bianco di chiamata*.

Per completare questa serie di misure immediate d'esecuzione, verranno emanate altre circolari che, a motivo del loro contenuto, dovranno ancora essere sottoposte per parere al gruppo di lavoro «Chiamata degli organismi di protezione civile e conseguimento della loro prontezza d'impiego». La prima s'occuperà dei *distaccamenti di chiamata* delle formazioni di protezione civile e la seconda della *chiamata d'ur-*

genza degli organismi di protezione in caso di azioni belliche inattese. Probabilmente, quest'ultima indicherà anche i vari compiti che spettano al capo locale e ai suoi collaboratori.

Con ciò, l'insieme delle cosiddette misure immediate potrà dirsi quasi completo; esso rappresenterà, con la sua applicazione, il *minimo delle disposizioni* atte a garantire l'ordinamento provvisorio della chiamata della protezione civile in caso di azioni belliche inattese.

Il gruppo di lavoro sopra citato, la cui costituzione è stata notificata al rapporto d'istruzione del 1° ottobre 1969, terrà la sua prima seduta il mese d'ottobre di quest'anno.

N. 183 del 19 novembre 1970

Istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile concernenti l'impiego di materiale della protezione civile a scopi estranei alla protezione civile, per l'istruzione e il perfezionamento fuori servizio, nonché in caso di soccorsi urgenti

Ci preghiamo farvi pervenire in allegato le istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile concernenti l'impiego di materiale della protezione civile a scopi estranei alla protezione civile, per l'istruzione e il perfezionamento fuori servizio, nonché in caso di soccorsi urgenti, del 19 novembre 1970. Esse entreranno in vigore il 25 novembre 1970 e saranno pubblicate nel FIPC.

Nel corso dei prossimi mesi metteremo a disposizione dei Cantoni un modulo unitario per autorizzare la concessione, a titolo di prestito, del materiale della protezione civile conformemente alle presenti istruzioni. Il modulo servirà nel contempo per il controllo del materiale consegnato e la rispettiva restituzione, nonché per verificarne la completezza e lo stato.

Istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile concernenti l'impiego di materiale della protezione civile a scopi estranei alla protezione civile, per l'istruzione e il perfezionamento fuori servizio, nonché in caso di soccorsi urgenti (Del 19 novembre 1970)

L'Ufficio federale della protezione civile, visto l'articolo 100 capoverso 2 e l'articolo 133 dell'ordinanza del 24 marzo 1964¹ sulla protezione civile, emana le seguenti istruzioni:

I. In generale

Art. 1

¹ Il materiale ai sensi delle presenti istruzioni è quello fornito dalla Confederazione a prezzo ridotto od acquistato con il sussidio federale.

² L'impiego del materiale sarà autorizzato unicamente quando si disponga del personale istruito per servirsene.

³ Il materiale sanitario consumabile, riservato al caso effettivo, ed i medicinali possono essere adoperati soltanto per i soccorsi urgenti.

II. Impiego del materiale a scopi estranei alla protezione civile

¹ FIPC 1, 37

Art. 2

Il materiale è considerato come impiegato a scopi estranei alla protezione civile quando non sia un organismo di protezione civile od un corpo di pompieri di guerra indipendenti che ne faccia uso.

Art. 3

¹ Di regola, il materiale non può essere impiegato per scopi estranei alla protezione civile (art. 100 cpv. 1 OPC).

² I Cantoni possono accordare eccezioni nell'ambito delle presenti istruzioni (art. 100 cpv. 2 OPC).

Art. 4

¹ Il materiale può essere concesso in uso per scopi estranei alla protezione civile solo quando il suo impiego s'addica agli interessi della protezione civile e non pregiudichi la prontezza d'intervento degli organismi locali di protezione, della protezione di stabilimento, delle guardie caseraggio e dei corpi di pompieri di guerra indipendenti, tanto per il caso di servizio attivo quanto per l'apporto di soccorsi urgenti.

² Le autorizzazioni possono essere concesse solo in casi eccezionali ed a titolo transitorio (nessun prestito ad uso permanente a imprese o servizi comunali e, per gli OPS, alcun impiego durevole nello stabilimento stesso).

³ Il materiale non può essere prestato a particolari o ad imprese private non obbligate ad istituire un organismo di protezione, salvo che per gli organizzatori di manifestazioni pubbliche.

⁴ L'impiego del materiale è concesso di massima:

a) per prestare soccorso in caso di eventi calamitosi, qualora il materiale delle formazioni impegnate (pompieri di pace, imprese o servizi comunali, polizia, servizio sanitario, truppe e militari) risulti insufficiente;

b) per l'istruzione in corsi ed esercizi (ad esempio dei pompieri di pace o delle sezioni di samaritani) che, pur presentando un certo interesse per la protezione civile, non sono organizzati per i suoi bisogni.

Art. 5

Non è lecito impiegare a scopi estranei alla protezione civile il seguente materiale:

a) apparecchi radio, ricevitori del radiotelefono e quelli universali (d'ogni lunghezza d'onda);
b) materiale del servizio di protezione AC.

III. Impiego del materiale per l'istruzione e il perfezionamento fuori servizio, nella protezione civile

Art. 6

Per l'istruzione e il perfezionamento fuori servizio del personale d'istruzione e dei membri della protezione civile si può far uso del materiale seguente:

1. Con l'autorizzazione dell'Ufficio federale della protezione civile:

a) gli apparecchi radio, i ricevitori del radiotelefono e quelli universali (d'ogni lunghezza d'onda);
b) il materiale del servizio di protezione AC.

2. Con l'autorizzazione dei Cantoni:

Tutto il rimanente materiale in conformità dell'art. 1 delle presenti istruzioni, ad eccezione del materiale sanitario consumabile, riservato al caso effettivo, e dei medicinali (art. 1 cpv. 3).

IV. Impiego del materiale in caso di soccorsi urgenti

Art. 7

¹ Non è considerato estraneo agli scopi della protezione civile l'impiego di materiale fatto da organismi della protezione civile per portare soccorsi urgenti (art. 4 cpv. 3 lett. b e cpv. 4 lett. b LPC).

² Lo stesso vale per l'impiego di materiale in caso di soccorsi urgenti da parte dei corpi di pompieri di guerra indipendenti.

³ Il materiale della protezione civile può essere messo a disposizione di stati maggiori ed unità militari per l'apporto di soccorsi urgenti quando la protezione civile non ne abbisogni.

V. Ripristino, controllo e spese

Art. 8

¹ I Comuni sono responsabili che il materiale venga restituito, pulito, ristabilito e, all'occorrenza, sostituito dopo ogni uso (ripristino conformemente agli stati in dotazione).

² I Cantoni s'accertano mediante controlli saltuari della completezza e dello stato del materiale.

³ L'Ufficio federale della protezione civile e i Cantoni tengono un controllo delle autorizzazioni accordate; i Comuni fanno la stessa cosa per l'impiego del materiale.

⁴ L'Ufficio federale della protezione civile eseguirà delle ispezioni.

Art. 9

¹ I Comuni riferiscono annualmente sull'impiego del materiale.

² I Cantoni notificano all'Ufficio federale della protezione civile, ogni anno, le esperienze fatte al proposito.

Art. 10

¹ La Confederazione non accorda alcun sussidio per le spese derivanti dall'uso, dal ripristino e dalla sostituzione del materiale impiegato per scopi estranei alla protezione civile.

² La Confederazione sussidia invece come normalmente le spese di ripristino e di sostituzione del materiale impiegato per l'istruzione e il perfezionamento fuori servizio, a condizione che gli stessi si svolgano secondo le prescrizioni federali (art. 69 cpv. 2, art. 70 cpv. 2 e art. 71 cpv. 2 LPC).

³ In caso d'impiego per prestare soccorsi urgenti, i Cantoni e i Comuni sopportano tutte le spese d'uso, di ripristino e di sostituzione del materiale (art. 70 cpv. 1 e art. 71 cpv. 1 LPC).

VI. Disposizioni finali

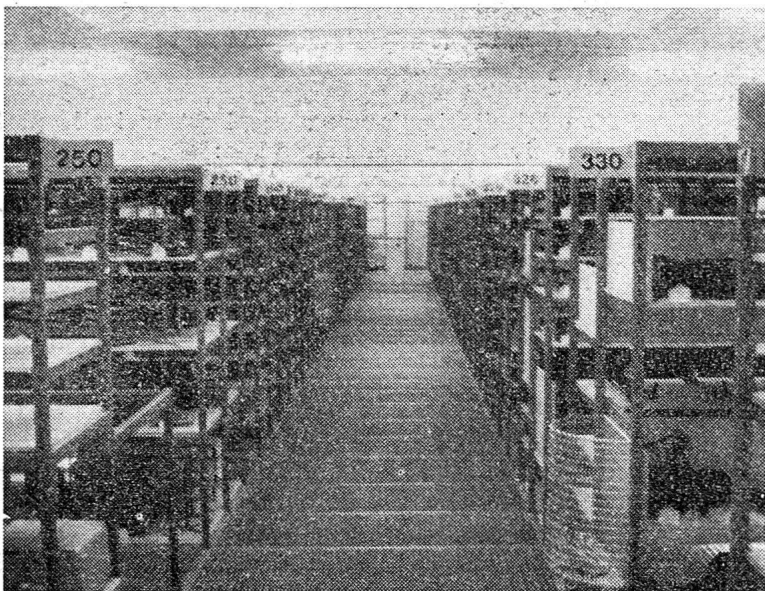
Art. 11

¹ Le presenti istruzioni entrano in vigore il 25 novembre 1970.

² Con l'entrata in vigore delle stesse sono abrogati:
a) l'art. 12 delle istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile del 1° giugno 1967¹ concernenti l'impiego di impianti e di dispositivi a scopi estranei alla protezione civile;
b) tutte le prescrizioni contrarie.

¹ FIPC 6, 50

GABS NORMTEIL-SYSTEM



- das symmetrische Vierkanthohr ermöglicht den Anbau der anderen Bauelemente an allen vier Seiten
- dieser exklusive Vorteil bietet praktisch unbegrenzte Konstruktionsmöglichkeiten
- rascher und einfacher Zusammenbau ganzer Anlagen ohne Schrauben
- bei Demontage oder Umbau sind alle Teile wieder verwendbar
- ausserordentlich formschön und stabil
- optimale Platzausnutzung, da Einzelteile in vielen Massen ab Lager erhältlich sind. Kein Zuschneiden und demzufolge kein Materialverlust.

Eignet sich auch für die Lagerung von Zivilschutzmaterial in Ausbildungszentren, Lagern und Sanitätshilfsstellen.
(Sehr schöne Referenzanlagen.)

GABS
Aktiengesellschaft
8304 Wallisellen
Telefon 051 93 25 93